



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Generalsekretariat VBS
Raum und Umwelt VBS

26. September 2025

Sachplan Militär (SPM)

Erläuterungsbericht zur 4. Objektblattserie

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Inhalt und Aufbau der 4. Objektblattserie	3
2.1	Inhalt.....	3
2.2	Aufbau der Objektblätter	5
3	Verfahren	6
3.1	Verfahrensablauf	6
3.2	Ergebnisse der Anhörung und Mitwirkung	7
3.3	Ergebnisse der Ämterkonsultation	14
3.4	Ergebnisse der Anhörung nach Art. 20 RPV	14

1 Ausgangslage

Der Sachplan Militär (SPM) ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes im Sinne von Art. 13 des Raumplanungsgesetzes (RPG; SR 700). Er legt die Ziele und Vorgaben für die militärische Infrastruktur behördenverbindlich fest.

Am 8. Dezember 2017 verabschiedete der Bundesrat den Programmteil des SPM 2017. Dieser beruht auf dem Stationierungskonzept der Armee von 2013 und dient der raumplanerischen Sicherung sowie der räumlichen Abstimmung der militärischen Standorte. Er gibt eine Übersicht über den Infrastrukturbedarf und die Raumansprüche der Armee für Ausbildung, Einsatz und Logistik für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Er legt fest, welche Grundsätze bei der Nutzung der Infrastruktur, der Koordination mit zivilen Planungen und beim Schutz der Umwelt anzuwenden sind. Er bezeichnet die sachplanrelevanten Standorte – also diejenigen militärischen Standorte, die sich erheblich auf Raum und Umwelt auswirken und nicht der Geheimhaltung unterliegen – und gibt deren Hauptnutzung sowie deren voraussichtliche Betriebsdauer an. Zudem macht er Vorgaben zu den nicht mehr benötigten militärischen Immobilien.

Ergänzend zum Programmteil wird der Objektteil des SPM mit den objektspezifischen Festlegungen und Anweisungen für die einzelnen Standorte ebenfalls überarbeitet. Bis zur Verabschiedung der neuen Objektblätter gelten für die im Programmteil 2017 geführten Waffen-, Schiess-, Übungs- und Militärflugplätze sowie für die Übersetzstellen weiterhin die Objektblätter des Sachplans Militär von 2001 (SPM 2001) und des Sachplans Waffen- und Schiessplätze von 1998 (SWS 1998). Ausnahme sind die Objektblätter der 1. (2019), der 2. (2022) und der 3. (2023) Objektblattserien sowie diejenigen für die Militärflugplätze Payerne (2007) und die Bundesbasis Dübendorf (2016), die seither überarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet wurden.

Viele der im Programmteil 2017 festgesetzten Standorte verfügen noch über keine Objektblätter. So wurden im SWS 1998 nur die 43 wichtigsten Schiess- und Übungsplätze in einem Objektblatt behandelt. Etliche Schiess- und Übungsplätze wurden im SWS 1998 noch als Teil eines Waffenplatzes geführt. Ebenfalls fehlen Objektblätter für die neu in den SPM aufgenommenen Rekrutierungszentren. Für mehrere Logistikstandorte wurde unterdessen ein Objektblatt verabschiedet.

2 Inhalt und Aufbau der 4. Objektblattserie

2.1 Inhalt

Die 4. Objektblattserie umfasst 19 militärische Standorte in den Kantonen Aargau, Bern, Freiburg, Neuenburg, Nidwalden, Waadt, Wallis, Zug und Zürich.

Nachdem bereits mit den 2. und 3. Objektblattserien für acht Schiessplätze Lärmauswirkungen nach Anhang 9 der Lärmschutz-Verordnung (LSV; SR 814.41) im SPM festgesetzt wurden, folgen nun mit der 4. Serie die Objektblätter für 13 weitere Schiessplätze: Bremgarten (AG), Eichwald / Zeihen (AG), Spiez ABC-Zentrum (BE), Bevaix (NE), Bôle (NE), Les Pradières (NE), Plan-du-Bois (NE), Gnappiried (NW), Bretonnières (VD), Les Rochat (VD), Petit Hongrin (VD), Wolfeye (VS) und Stigenhof (ZH).

Neu wird bei den für zivile Schiessübungen mitbenützten Schiessplätzen das prozentuale Verhältnis zwischen den militärischen und den zivilen Schiessübungen in den Objektblättern explizit ausgewiesen. In diesen Fällen ist der zivil verursachte Schiesslärm nebst dem militärischen Schiesslärm ebenfalls Inhalt der Lärmgutachten resp. der Schiesslärmrechnungen und in der Objektblattkarte im Gebiet mit Lärmauswirkungen mitenthalten.

Bei den Schiessplätzen Wolfeye, ABC-Zentrum Spiez und Eichwald / Zeihen haben die Schiesslärmrechnungen ergeben, dass bei keinen Gebäuden mit lärmempfindlich genutzten Räumen die Immissionsgrenzwerte nach LSV überschritten werden. Beim Schiessplatz Wolfeye ändert sich daran auch nach der geplanten Erweiterung auf vier Kurzdistanz-Schiessboxen nichts. Die Kurzdistanzanlage auf dem Schiessplatz ABC-Zentrum Spiez wurde den neusten Vorschriften entsprechend instand gestellt und lärmtechnisch saniert.

Bei den Schiessplätzen Stigenhof, Gnappried und Bremgarten werden nach Umsetzung der in den Lärmgutachten vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen bei keinen Gebäuden mit lärmempfindlichen Räumen die Immissionsgrenzwerte nach LSV überschritten sein. Seit 2020 wurden die Schusszahlen auf dem Schiessplatz Stigenhof deutlich erhöht, weshalb die damals umgesetzten Lärmsanierungsmassnahmen nicht mehr genügen. Die Schiesslärmrechnung von 2023 hat ergeben, dass aufgrund der veränderten Nutzung bei zwei Gebäuden mit lärmempfindlichen Räumen in der Gemeinde Wangen-Brüttisellen die Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Diese werden aber nach der Realisierung zusätzlicher Lärmsanierungsmassnahmen eingehalten werden. Auf dem Schiessplatz Bremgarten soll die Schiessanlage Stockweiher nach den Vorgaben des Lärmschutzkonzepts saniert und gleichzeitig instand gestellt werden.

Le calcul du bruit pour les places de tir de Plan-du-Bois, de Bretonnières et Les Rochat a montré que les valeurs limites d'immission selon l'OPB n'étaient dépassées dans aucun bâtiment abritant des locaux à usage sensible au bruit.

Sur la place de tir de Bôle, après la mise en œuvre des mesures d'assainissement proposées dans le rapport de bruit, les valeurs limites d'immission ne sont plus dépassées pour aucun bâtiment.

Sur la place de tir de Bevaix, les différentes mesures d'assainissement examinées dans le rapport de bruit ne se révèlent ni efficaces ni proportionnelles pour être mises en place. Les valeurs limites d'immission continueront d'être dépassées dans les neuf bâtiments et les valeurs d'alarme selon l'OPB pour deux d'entre eux. Sur la place de tir Les Pradières, les valeurs limites d'immission continueront également d'être dépassées dans un bâtiment, et les valeurs d'alarme selon l'OPB dans l'autre. Le calcul du bruit de tir sur la place de tir du Petit Hongrin a montré que les valeurs limites d'immission selon l'OPB étaient dépassées dans six bâtiments abritant des locaux à usage sensible au bruit. Aucune des mesures d'assainissement examinées dans le rapport de bruit n'a été retenue pour des raisons techniques, économiques ou d'impact sur la nature. Les valeurs limites d'immission continueront d'être dépassées dans quatre bâtiments et les valeurs d'alarme dans les deux restants.

Si les valeurs limites de bruit ne peuvent être respectées par des mesures raisonnables, notamment si cela entraîne des restrictions d'exploitations disproportionnées, l'autorité d'exécution accorde des

déroations, appelées allégements, conformément à l'article 14 de l'ordonnance sur la protection contre le bruit (OPB ; RS 814.41).

Inhalt der Serie ist weiter das Objektblatt für den Waffenplatz Bremgarten, dessen Anlagen und Gebäude sich teilweise in einem sanierungsbedürftigen Zustand befinden. Die alte Mehrzweckhalle wird durch einen Neubau ersetzt. Der Waffenplatz soll zudem in den kommenden Jahren im Rahmen von zwei Bauvorhaben umfassend saniert und ausgebaut werden.

Der Übungsplatz Gubel soll künftig als Ausbildungsstandort für das bodengestützte Luftverteidigungssystem grösserer Reichweite (BODLUV GR) genutzt werden. Dazu werden verschiedene bauliche Massnahmen im Tiefbaubereich ausgeführt.

La série comprend également les fiches de coordination du centre logistique de l'armée de Grolley ainsi que du site extérieur de Belfaux. Ces deux sites sont principalement utilisés pour l'entreposage et la préparation de matériel et aucun projet de construction important n'est prévu.

Le périmètre de la place d'armes de Payerne a été étendu à l'est et au sud-ouest par rapport à l'ancien périmètre de 1998. Dès 2027, un nouveau bâtiment regroupera le centre médical régional (CMR) ainsi que la police militaire ouest (PMO).

Depuis 2019, le centre de recrutement de Payerne a remplacé celui de Lausanne. Il est situé à proximité immédiate de la place d'armes de Payerne. Aucun projet de construction n'est prévu.

2.2 Aufbau der Objektblätter

Die Objektblätter bestehen aus einem Text und einer Karte. Dem Text vorangestellt ist jeweils eine Kurzübersicht über den/die Standortkanton/e und –gemeinde/n des jeweiligen Standorts, dessen Hauptnutzung gemäss SPM-Programmtitel und die Grundeigentumsverhältnisse. Bei den Schiessplätzen werden zusätzlich die Gemeinden mit Lärmauswirkungen aufgeführt.

Im ersten Teil des Textes werden die Ausgangslage, die künftigen Nutzungen und allfällige raumplanerische Herausforderungen des jeweiligen Standorts umschrieben. Der zweite Teil enthält die behördenverbindlichen Festlegungen (grau hinterlegt) zum Zweck und Betrieb des Standorts, zum Perimeter, zur Infrastruktur und zur Erschliessung. Im dritten Teil werden die Festlegungen näher erläutert. Nebst dem Beschrieb der vorhandenen Infrastruktur wird hier auch auf geplante grössere Bauvorhaben und deren allfällige Sachplanrelevanz hingewiesen. Zur frühzeitigen Koordination erfolgen ebenfalls Hinweise auf allfällige, vom Perimeter tangierte Objekte aus Bundesinventaren, auf Festlegungen anderer Bundessachpläne, auf Fruchtfolgeflächen gemäss den kantonalen Inventaren, auf innerhalb gelegene und unmittelbar an den Perimeter angrenzende Grundwasserschutzzonen etc. Und schliesslich äussern sich die Erläuterungen zur Erschliessungssituation des jeweiligen Standorts.

Die Karten enthalten die behördenverbindlichen räumlichen Festlegungen zum jeweiligen Standort. Diese umfassen den Anlagenperimeter sowie zusätzlich die Lärmkurven (Planungswert für die Empfindlichkeitsstufen II und III) bei den Schiessplätzen. Die Karteninhalte werden in einer Legende erläutert.

3 Verfahren

3.1 Verfahrensablauf

Nach einer Konsultation der in der Raumordnungskonferenz des Bundes (ROK) vertretenen Bundesstellen im Frühling 2023, erfolgte von Juli bis Oktober 2024 die dreimonatige Anhörung der betroffenen Kantone und Gemeinden. Mitte August 2024 wurde die Öffentlichkeit in einer Medienmitteilung über die Anhörung der Kantone und die Mitwirkungsmöglichkeit informiert. Formell wurde die Bevölkerung mit Anzeige im Bundesblatt vom 16. August 2024 zur Mitwirkung eingeladen. Die Anzeige der Mitwirkungsmöglichkeit in kantonalen oder kommunalen Medien wurde ausdrücklich den Kantonen überlassen.

Im Rahmen der Anhörung und Mitwirkung haben sich die Kantone Aargau, Bern, Freiburg, Neuenburg, Nidwalden, St. Gallen¹, Waadt, Wallis und Zug, die Gemeinden Zeihen (AG), Uetendorf (BE)¹, Uttigen (BE)¹, Grolley (FR), Val-de-Ruz (NE), Milvignes (NE), Buochs (NW), Stans (NW), Stansstad (NW), Häggenschwil¹ (SG), Waldkirch¹ (SG), Corbeyrier (VD), Ormont-Dessous (VD), Provence (VD), Villeneuve (VD), Visp (VS), Menzingen (ZG) und Wangen-Brüttisellen (ZH), drei juristische Personen sowie – teilweise mittels Sammelunterschriften – rund 70 natürliche Personen zu den Dokumenten der 4. Objektblattserie geäußert. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Anhörung und Mitwirkung und der daraus resultierenden Anpassungen im SPM findet sich unter Ziffer 3.2.

In der anschliessenden Ämterkonsultation vom 27. Mai 2025 prüften die Bundesstellen, ob die Inhalte der SPM-Objektblätter mit den Zielen und Grundsätzen ihrer Sachbereichsplanung übereinstimmen und keine Widersprüche zu den bestehenden Konzepten und Sachplänen nach Art. 13 RPG bestehen.

Am 9. Juli 2025 wurden einige Kantone gemäss Art. 20 RPV erneut eingeladen, allfällige vorhandene Widersprüche zur kantonalen Richtplanung festzustellen. Eine Zusammenfassung dieser Anhörung und der daraus resultierenden Anpassungen im SPM findet sich unter Ziffer 3.4.

Mit der Verabschiedung der 4. Objektblattserie durch den Bundesrat werden die darin festgelegten Rahmenbedingungen zur Nutzung der einzelnen Anlagen für alle Planungsbehörden verbindlich.

Die konkrete Terminierung, Etappierung und die Finanzierung von Neu-, Um- und Rückbauten militärischer Immobilien wird in der Immobilienplanung des VBS festgelegt und mit der Armeebotschaft vom Parlament verabschiedet. Die Immobilienplanung richtet sich nach den im SPM 2017 festgelegten Rahmenbedingungen und dem Stationierungskonzept.

Die Bewilligungsverfahren für militärische Bauten und Anlagen richten sich nach den Bestimmungen des Militärgesetzes (MG) und der Militärischen Plangenehmigungsverordnung (MPV).

¹ Gegenstand der 4. Serie waren ursprünglich auch die Objektblätter für die Logistik-Aussenstelle Uttigen (BE) sowie für den Schiessplatz Bernhardzell (SG). Diese wurden nach der Anhörung und Mitwirkung aus der 4. Serie ausgekoppelt und auf eine spätere Serie verschoben (s. Ziffer 3.2).

3.2 Ergebnisse der Anhörung und Mitwirkung

Generell werden die Dokumente der 4. Objektblattserie als wertvolle Planungsgrundlage für die kantonalen Planungen sowie für die verbesserte Abstimmung der verschiedenen Interessen wahrgenommen.

In seiner Stellungnahme informierte der Regierungsrat des Kantons Aargau darüber, dass die Stadt Bremgarten angekündigt habe, die laufende Gesamtrevision der Nutzungsplanung gemäss den Sachplanperimetern für den Waffen- und den Schiessplatz Bremgarten mit dem VBS zu koordinieren und abzustimmen. Weiter wiesen die kantonalen Abteilungen darauf hin, dass sich einige Bereiche des Waffenplatzes und des Schiessplatzes Bremgarten im Gewässerschutzbereich A_u über einem Grundwasservorkommen von geringer bis grosser Mächtigkeit befänden. Der Kanton wies darauf hin, dass gestützt auf die Bestimmungen der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR 814.201) im Gewässerschutzbereich A_u keine Bauten erstellt werden dürften, die unter dem mittleren Grundwasserspiegel liegen. In erster Priorität seien Bauvorhaben so zu planen, dass der Einbau unter den mittleren Grundwasserspiegeln minimiert wird (zum Beispiel durch das Anheben der Bodenplatte). Ist dies aus anderen Gründen (zum Beispiel Vorgaben der maximalen Bauhöhe) nicht möglich, sei die Durchflusskapazität durch technische Mittel auf den ursprünglichen Zustand auszugleichen (zum Beispiel Materialersatz mit gut durchlässigem Schotter). Können beide vorangegangenen Massnahmen nachweislich nicht ausgeführt werden, könne eine Ausnahmegewilligung beantragt werden, wenn die maximale Reduktion der Durchflusskapazität 10 % beträgt. Ausnahmen für Einbauten unter den mittleren Grundwasserspiegel würden zurückhaltend erteilt und es bestehe kein Anspruch.

Weiter stellten die Abteilungen des Kantons Aargau fest, dass Bremgarten im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) als Ortsbild von nationaler Bedeutung eingestuft sei. Wie in den beiden Objektblättern bereits vermerkt ist, liegen Teile des Waffenplatzes und des Schiessplatzes in den Umgebungszonen U-Zo IX und X sowie in der Umgebungsrichtung U-Ri XI mit dem Erhaltungsziel a (Erhalten der Beschaffenheit). Die Schutzziele des ISOS seien bei Erweiterungsvorhaben der Anlagen sowie bei Neu-, Um- und Rückbauten auf dem Areal des Waffenplatzes und des Schiessplatzes zu berücksichtigen. Es werde darauf hingewiesen, dass im Fall einer Direktanwendung des ISOS den Schutzzielen unmittelbare Geltung zukommt, was Einfluss auf den Planungsprozess und die Interessensabwägung haben wird. Um den erhöhten Gestaltungsanforderungen bezüglich der Qualität der Bauten und Frei-/Grünräume gerecht zu werden, empfahl der Kanton bei den Bauvorhaben – wie zum Beispiel dem Neubau der Mehrzweckhalle – qualitätsfördernde Verfahren zur Qualitätssicherung.

Die Hinweise des Kantons Aarau werden im Rahmen von Projektierungen und militärischen Plangenehmigungsverfahren zu berücksichtigen sein. Das VBS bedankt sich bei der Stadt Bremgarten für die Koordination und Abstimmung der Sachplanperimeter im Rahmen der Gesamtrevision der Nutzungsplanung.

Zum Objektblatt des Schiessplatzes Gnappried stellte der Kanton Nidwalden fest, dass dieses den Bestimmungen der naturschutzrechtlichen Grundlagen nicht widerspreche. Es laufe den Schutzzielen

der nationalen Inventare (Amphibienlaichgebiet, Flachmoor, Hochmoor, BLN) nicht zuwider. Dem Naturschutz werde im Objektblatt insgesamt Rechnung getragen.

Der Gemeinderat von Stans begrüsst ausdrücklich den Verzicht auf das Schiessen auf eine Distanz von 400 m auf dem Schiessplatz Gnappiried. Weiter stellte der Gemeinderat fest, dass sich die aktuellen Stellungsräume in der Moorlandschaft von nationaler Bedeutung befänden. Durch Schiessübungen aus diesen Stellungen werde das sich unter der Flugbahn befindende Moor zum Überschiessgebiet. Die Gemeinde Stans vertritt die Ansicht, dass der Moorschutz allen militärischen Nutzungen vorgeht. Durch das Überschiessen des Moors werde dessen Schutz beeinträchtigt, weil dies zu Bodenverschmutzungen führen könne. Ausserdem seien diese Stellungsräume nicht lärmgeschützt. Deshalb werde angeregt, auf sämtliche Stellungsräume ab 100 m zu verzichten. Generell sei der Schiesslärm im Schutzgebiet Gnappiried möglichst zu minimieren. Zum Schutz der Anwohnenden seien sämtliche Schiessnutzungen auf Werktage zu beschränken. Wochenenden und gesetzlichen Feiertage seien im Betriebskonzept als Ruhetage festzusetzen. Unter Berücksichtigung der Verordnung über den Schutz des Gnappiriedes sei eine Reduktion des Anlageperimeters auf die Zone für militärische Nutzung innerhalb des Schutzgebiets Gnappiried sowie die KD-Boxen am Fusse des Bürgenbergs anzustreben. Ferner sei die Nutzung der KD-Boxen auf die Armee sowie Nutzende aus dem Kanton Nidwalden zu beschränken.

Nach internen Abklärungen hat die Gruppe Verteidigung bestätigt, auf die 400 m Schiessanlage verzichten zu können. Nicht verzichtet werden kann hingegen auf das Schiessen auf eine Distanz von 200 m. Hier erfolgt die Ausbildung an der schultergestützten Panzerabwehrwaffe RGW90. Der dabei verwendete Einsatzlauf mit einer Leuchtschurmunition erlaubt das Erkennen von Treffern. Dies erfolgt mittels Einzelschüssen ohne lauten Knall.

Zum Wunsch der Gemeinde Stans nach schiessfreien Wochenenden und Feiertagen bestätigte die Gruppe Verteidigung, dass auf dem Schiessplatz Gnappiried an Wochenenden grundsätzlich nicht geschossen werde. Davon gebe es zwei Ausnahmen, namentlich das «Kristallschiessen» (Wettkampf verschiedener Polizeikorps, einmal pro Jahr) und die Schiessübungen der Kantonalen Abteilung Jagd. Dabei handelt es sich um zivile Mitbenutzungen des Schiessplatzes, deren Bewilligung grundsätzlich den zuständigen zivilen Behörden obliegt (s. Objektblatt Schiessplatz Gnappiried, Ziffer 1 Ausgangslage, künftige Nutzungen, letzter Absatz).

Der Kanton Wallis verwies auf die Einsprache der Gemeinde Raron gegen das militärische Plangenehmigungsgesuch zur Erweiterung des Schiessplatzes Wolfeye. Die Gemeinde habe Bedenken zur Lärmbelastung, insbesondere in Richtung Norden (Ortsteil St. German) und zur Erschliessungssituation (Verkehrssicherheit). Im weiteren Verfahren für die Plangenehmigung sei diesen zwei Aspekten daher besondere Beachtung zu schenken.

Weiter stellte der Kanton Wallis fest, dass im Inventar der historischen Verkehrswege (IVS) im Bereich des Schiessplatzperimeters Wolfeye grundsätzlich keine Objekte erfasst seien. Aufgrund der bestehenden öffentlichen Wegparzellen und der Tatsache, dass vor dem Bau der Napoleonstrasse (heutige Kantonsstrasse) in den 1820er Jahren eine Wegverbindung am südlichen Rand der Talebene zwischen Raron und Visp verlief, werde vermutet, dass dieser Weg im Bereich des heutigen

Schiessplatzes Wolfeye verlief. Bei den geplanten Aus- und Erweiterungsprojekten sei daher vorgängig eine Begutachtung durch einen IVS-Fachspezialisten vorzunehmen.

Weiter wies der Kanton Wallis darauf hin, dass aufgrund der Lage des Schiessplatzes Wolfeye in der Nähe des Hanges eine Steinschlaggefährdung nicht ausgeschlossen werden könne. Für das Baugesuch werde deshalb empfohlen, eine Überprüfung durch einen Geologen durchzuführen. Der Perimeter liege teilweise in hydrologischen Gefahrenzonen. Schutzzielanforderungen seien zu berücksichtigen und falls notwendig seien Objektschutzmassnahmen umzusetzen. Der Perimeter liege sehr wahrscheinlich teilweise im Gewässerraum. Bauvorhaben müssten sich gemäss der Gewässerschutzverordnung (GschV; SR 814.201) vollumfänglich auf den Bereich ausserhalb des Gewässerraums beschränken.

Und schliesslich gab der Kanton Wallis zu bedenken, dass der Schiessplatz Wolfeye im Quecksilberverdachtsperimeter liege, weshalb bei künftigen Bauaktivitäten die Aushubmaterialien auf Schwermetalle (inkl. Quecksilber) zu untersuchen seien und der Kanton über die Untersuchungsergebnisse zu informieren sei.

Die dem Objektblatt für den Schiessplatz Wolfeye zugrunde liegenden Lärmberechnungen erachtet der Kanton Wallis als plausibel. Die Ergebnisse würden im Lärmbericht aber nur für bestimmte Gebäude aufgeführt (einzelne Lärmermittlungspunkte), so dass eine präzise Beurteilung der dargestellten Isophone (Gebiete mit Lärmbelastung) für den Kanton nicht möglich sei. Die Isophonen und die einzelnen Lärmimmissionswerte beurteilt der Kanton Wallis jedoch als konsistent.

Zum Objektblatt für den Übungsplatz Gubel beantragte der Kanton Zug mit Verweis auf den rechtskräftigen Denkmalschutz der gesamten Anlage verschiedene Ergänzungen im Objektblatt, welche weitestgehend in das Objektblatt übernommen wurden. Insbesondere wurde im Objektblatt präzisiert, dass die Ausbildung in erster Priorität im südlichen Teil des Perimeters erfolgt. Jedoch können Ausbildungen und Belegungen auch im nördlichen Teil stattfinden. Auf Hinweis des Kantons, wonach der historische Kollimationsturm Bestandteil der denkmalgeschützten, militärhistorischen Bloodhound-Stellung ist und keine militärische Funktion für das neue, mobile BODLUV System hat, wurde der Kollimationsturm aus dem Objektblatt gelöscht. Der Umgang mit den bestockten Flächen und allenfalls tangierten Schutzinteressen ist Gegenstand des Programms Natur – Landschaft – Armee (NLA). Aktuell sind diesbezüglich keine Konflikte bekannt. Der Hinweis des Kantons, wonach der Gubel auch als Naherholungsgebiet sowie von Ausflugsgästen regelmässig genutzt wird, wurde im Objektblatt ergänzt. Schliesslich stellte der Kanton einen Widerspruch zur 2004 erfolgten Richtplanfestsetzung des Perimeters des Übungsplatzes als kantonaler Schwerpunkt Erholung fest. Das VBS bedankt sich für die in Aussicht gestellte Anpassung des Richtplans im Rahmen einer kommenden Anpassung.

Die Gemeinde Menzingen verwies auf die kommunale räumliche Strategie, in welcher dem kantonalen Richtplan entsprechend das kommunale Naherholungsgebiet festgelegt sei. An diesem Naherholungsgebiet halte die Gemeinde fest. Trotz der Neuausrichtung des Übungsplatzes Gubel sollen die angestammten Nutzungen, wie zum Beispiel die Landwirtschaft, ausserhalb des Areals weiterhin gefahrlos möglich sein.

Eine Stiftung und rund 50 benachbarte Privatpersonen äussern Ihre Sorgen zur Strahlenbelastung, die vom bodengestützten Luftverteidigungssystem grösserer Reichweite (BODLUV GR) auf die Umgebung des Übungsplatzes Gubel ausgeht. Dabei weisen Sie insbesondere auf die unmittelbare Nähe des Übungsplatzes zur denkmalgeschützten Klosteranlage, dem Restaurant Gubel, den umliegenden landwirtschaftlichen Betrieben und zu den Wohngebäuden hin. Der Gubel sei als Wallfahrts- und Kraftort, Naherholungsgebiet sowie bei Ausflugs Gästen sehr beliebt. Unabhängig von der Einhaltung der Vorgaben der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV; SR 814.710) seien konkrete Schutzmassnahmen zu prüfen.

Das Kompetenzzentrum Wissenschaft und Technologie von armasuisse kam in seiner Beurteilung der NISV-Konformität des Patriot-Systems vom 1. Oktober 2024 zum Schluss, dass bei den Funksystemen die Grenzwerte bereits in unmittelbarer Nähe zu den Antennen unterschritten sind. Die Werte für die Mindestabstände würden zudem für die Hauptstrahlrichtung gelten. Somit sei beim Richtstrahl ORION X500 der Aufenthalt neben und hinter der Antenne unbedenklich. Direkt vor der Richtstrahlantenne dürfe sich ohnehin niemand aufhalten, um einen ungestörten Betrieb zu gewährleisten. Darüber hinausgehende Schutzvorkehrungen sind somit unbegründet.

Die geplanten baulichen Massnahmen und der Betrieb auf dem Gubel wurden den Anwohnenden im Rahmen von zwei Informationsveranstaltungen am 20. November 2023 und am 7. März 2024 präsentiert sowie Fragen dazu beantwortet.

Le canton de Neuchâtel rappelle que les places de tir de Bevaix, Bôle, Plan-du-Bois et des Pradières sont déterminantes pour l'exploitation de la place d'armes de Colombier. Il a confirmé que la place de tir de Bôle, suite à l'implémentation des deux dernières mesures de protection contre le bruit (pose de 20 tunnels de tir et diminution des activités de tir pour les sociétés civiles), satisfaisait les exigences de l'OPB. Il en est de même pour la place de tir de Plan-du-Bois. Le conseil communal de Milvignes souligne que les places de tir de Bôle et Plan-du-Bois sont particulièrement critiques en termes de nuisances sonores et génèrent des mécontentements de la part des habitants de Milvignes et des villages avoisinants. Les activités de tir au fusil d'assaut pour les tirs à 300 mètres sont relativement bien acceptées par la population, a contrario des tirs de combat et plus particulièrement des tirs en rafale. Pour cette raison, la demande du Conseil communal de Milvignes pour la réalisation d'une étude sur l'implantation d'un site de tir couvert ne peut être prise en compte et ce, malgré le mécontentement de la part des habitants.

De plus, sept riverains et une association ont remarqué de nettes aggravations de la situation depuis quelques années et se plaignent des effets sur la santé que peuvent provoquer les nuisances sonores générées par les tirs. Pour ces raisons, ils s'opposent formellement à l'adoption des fiches de coordination pour les places de tir de Bôle et Plan-du-Bois et demandent l'arrêt complet des nuisances sonores. Afin d'assurer la formation et l'instruction, ces deux places de tir sont indispensables pour le DDPS et ne peuvent pas être abandonnées. Aussi, la construction de halles de tir complètement insonorisées, telle que demandée, n'est pas envisagée, car les mesures de protection décrites dans le paragraphe précédent permettent de satisfaire les exigences légales.

Le DDPS profite de l'occasion pour rappeler que la mention des valeurs de planification au 2^{ème} paragraphe du chapitre 3 lettre c des fiches des places de tir de Bôle et Plan-du-Bois, est bel et bien correcte. En effet, les valeurs de planification sont de 55 dB(A) pour le degré de sensibilité II et de 60 dB(A) pour le degré de sensibilité III. Pour les VLI, ces valeurs seraient respectivement de 60 et 65 dB(A).

De plus, la desserte de la place de tir de Bôle a été précisée dans le chapitre Accessibilité : la proximité de la gare de Bôle et l'arrêt de bus « Solitude » y sont désormais mentionnés. À l'inverse, pour la place de tir de Bevaix, la mention de la desserte en transports publics a été supprimée.

Il convient de noter qu'une éventuelle adaptation de la « Convention entre l'État de Neuchâtel, le Conseil communal de Bevaix et un propriétaire de vignes du 30 novembre 1983 », telle que souhaitée par le canton de Neuchâtel, ne peut pas être effectuée dans le cadre de la présente procédure. Le DDPS précise qu'il n'existe pas qu'une convention, mais bien 44 conventions signées avec les propriétaires de vignes, prés ou champs situés dans le périmètre de la place de tir. Le texte de la fiche a été modifié en conséquence. Comme souhaité par le canton, le périmètre de la place de tir de Bevaix a été corrigé aussi bien sur la carte de la fiche que sur le géoportail de l'administration fédérale. La partie relative à la propriété des parcelles a également été précisée.

Concernant la place de tir Les Pradières, le DDPS a pris bonne note des remarques du canton relatives aux contrats de location. La commune de Val-de-Ruz souhaite améliorer et compléter les informations se trouvant sur les panneaux informatifs pour les randonneurs et sportifs. Cette demande ne peut pas être traitée dans le cadre de la présente procédure. Cependant, elle sera transférée aux services compétents au sein du DDPS.

De manière générale, le canton de Neuchâtel se demande, alors qu'il est fait référence aux IFP, PPS, SDA et zones de protection de captage dans les fiches, pourquoi il n'est pas fait mention que ces périmètres sont également concernés par la législation forestière. En tant qu'autorité directrice, l'Office fédéral du développement territorial (ARE) définit le contenu des plans sectoriels et la forêt n'en fait pas partie. Toutefois, la forêt est prise en compte dans le cadre des projets de constructions militaires.

Contrairement à ce qui a été avancé par le canton de Fribourg, le périmètre de Grolley n'intègre aucune partie de la route communale (parcelle 1245). En cas de futur développement des activités militaires à proximité d'habitations, en particulier sur les parcelles 185 et 186, la Commune de Grolley souhaite être consultée pour des besoins de coordination. Le DDPS ne voit aucun problème à affecter ces parcelles au domaine militaire (au lieu de zone résidentielle de moyenne densité) lors d'une future révision du plan d'aménagement local. Aussi, la desserte en fret ferroviaire a été précisée dans le texte de la fiche.

Le canton de Fribourg informe le DDPS que le site de Grolley est traversé par des limites de construction vis-à-vis de cours d'eau sous tuyau. Un tracé alternatif pour une remise à ciel ouvert est également présent. Si des projets de constructions militaires se superposent à un tracé alternatif figurant au portail géographique cantonal et/ou au plan directeur communal, une étude de faisabilité technique détaillée pour la remise à ciel ouvert du cours d'eau concerné devra être réalisée avant d'obtenir un préavis du Service de l'environnement.

Le canton de Fribourg a relevé la présence de Crapauds calamites à proximité du site de Belfaux et invite le DDPS à contacter le correspondant régional du Centre de coordination pour la protection des amphibiens et reptiles de Suisse (karch). Le canton encourage également l'armée à gérer ses espaces verts de manière différenciée selon sa récente publication « Promouvoir la diversité dans les espaces verts ». Aussi, le canton rappelle que les sites de Belfaux et Grolley figurent dans des secteurs de dangers exposés aux crues et des mesures de protection seront nécessaires lors de la construction de nouvelles infrastructures. Le DDPS en prend bonne note et ces informations seront transmises aux services compétents.

Le canton de Vaud a relevé la bonne prise en compte des diverses valeurs naturelles et paysagères des sites, ainsi que la mise en œuvre très satisfaisante par l'armée des mesures d'entretien et de valorisation des biotopes. La Municipalité de Payerne s'est opposée à l'extension du périmètre de la place d'armes de Payerne sur la parcelle n° 2113, appartenant au DDPS, et sur laquelle la Commune de Payerne bénéficie d'un DDP de superficie. Un projet de nouveau bâtiment, qui regroupera le centre médical régional (CMR) ainsi que la police militaire ouest (PMO), est en cours de procédure d'approbation des plans de constructions militaires. Deux projets civils sont également en construction et en cours de procédure sur cette parcelle, raison pour laquelle la Municipalité de Payerne s'inquiète de la compatibilité entre installations civiles et militaires. Par conséquent, le périmètre a été réduit afin que seule la partie ouest de cette parcelle soit conservée dans le périmètre de la place d'armes. Quant à la question procédurale soulevée par la Municipalité, le DDPS rappelle que le projet militaire ne pourra être approuvé qu'après l'adoption de ladite fiche du PSM par le Conseil fédéral. Le canton de Vaud a, quant à lui, relevé que le périmètre de la place d'armes de Payerne se trouvait dans quatre zones d'affectation différentes. À la suite de la modification du périmètre exposée ci-dessus, le DDPS suggère à la commune de Payerne d'attribuer l'intégralité de la place d'armes à la zone militaire lors d'une prochaine révision du plan général d'affectation.

Le centre de recrutement de Payerne est l'unique centre en Suisse romande et les activités militaires y seront maintenues à long terme. armasuisse Immobilier se coordonnera avec la commune dans le cadre de la révision du plan d'aménagement local.

Le canton a indiqué que la desserte en transports publics de la place d'armes et du centre de recrutement de Payerne devait être améliorée par la création d'arrêts de bus aux abords de ses accès. Le DDPS rappelle que les autorités civiles sont responsables en matière de desserte en transports publics. Le DDPS est disposé à collaborer avec les autorités civiles pour évaluer la réalisation d'un tel projet.

Le canton de Vaud a relevé que le site de la place d'armes de Payerne se situe en partie dans l'aire d'alimentation du puits de pompage de la Vernaz, alimentant le réseau de distribution d'eau potable de Corcelles-Près-Payerne. Une vigilance accrue avec les activités pouvant polluer les eaux doit être assurée et le site devrait faire l'objet d'une évaluation avec, si nécessaire, une définition des mesures de sécurisation des installations sensibles et de prévention. Cette demande sera transmise à armasuisse Immobilier qui prendra contact avec le canton si besoin.

Le canton a identifié que le site du centre de recrutement offre de nombreuses opportunités pour mettre en place des mesures d'arborisation et de diversification des types de revêtements de surfaces. Aussi, le site est concerné par l'aire d'alimentation du puits de pompage de la Vernaz et le canton rappelle la présence de secteurs de dangers naturels dont il convient de tenir compte lors d'éventuels projets de construction. armasuisse Immobilier en sera informé et prendra les mesures nécessaires si besoin.

Comme souhaité par le canton, la desserte en transports publics de la place de tir du Petit Hongrin a été précisée et l'itinéraire national de La Suisse à vélo de SuisseMobile a été ajouté dans le texte de la fiche correspondante.

La présence d'une halte CFF, d'un important itinéraire de randonnée pédestre à proximité ainsi que l'existence de surfaces d'assèchement sont désormais mentionnées dans le texte de la fiche de la place de tir de Bretonnières.

En revanche, les demandes du canton d'établir une étude hydrogéologique pour évaluer les risques en regard des captages concernés (Petit Hongrin) et pour délimiter les futures zones S (Bretonnières) ne peuvent pas être retenues dans le cadre de cette procédure. Le DDPS se montre vigilant et est conscient du risque de lixiviation de polluants en cas de pollution du terrain. En cas de construction ou de transformation de bâtiments et d'installations militaires, la coordination avec la protection des eaux souterraines est effectuée dans le cadre de l'élaboration du projet et de la procédure d'approbation des plans de constructions militaires. armasuisse Immobilier en sera informé et prendra les mesures nécessaires si besoin.

Le canton de Vaud juge la seule inscription des périmètres des biotopes d'importance nationale sur les cartes des fiches correspondantes insuffisante et souhaite une précision de la manière dont les biotopes et les éléments naturels sont pris en compte. Le DDPS souligne que la représentation respecte les directives de l'Office fédéral du développement (ARE) en matière de planification sectorielle. Aussi, le DDPS rappelle que les diverses valeurs naturelles et paysagères sont traitées conformément aux dispositions de la partie programme du PSM 2017, chapitre 3.5.2, et du programme Nature, Paysage et Armée (NPA) des places d'armes ou de tir concernées.

Sur demande du canton de Vaud, le DDPS a vérifié le périmètre de la place de tir Les Rochat et celui-ci s'avère correct. La commune de Provence pourra adapter le périmètre figurant dans son plan général d'affectation lors d'une prochaine révision. Le chapitre Accessibilité de la fiche de la place de tir a été complété et l'itinéraire national de La Suisse à vélo de SuisseMobile y est désormais mentionné.

Gegenstand der 4. Serie waren ursprünglich auch die Objektblätter für die Logistik-Aussenstelle Uttigen (BE) und für den Schiessplatz Bernhardtzell (SG). Diese wurden aus den nachfolgenden Gründen nach der Anhörung und Mitwirkung aus der 4. Serie ausgekoppelt und werden auf eine spätere Serie verschoben.

Im Objektblattentwurf für die Logistik-Aussenstelle Uttigen (BE) wurde der Standort für den Bau eines neuen Munitionsmagazins bezeichnet. Der Standort liegt in einem BLN-Gebiet sowie in einem kantonalen Naturschutzgebiet und erfordert eine Waldrodung im Umfang von rund 7000 m². Der Kanton Bern forderte aus diesen Gründen die Prüfung von Alternativstandorten. Auch soll die Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) in die Standortwahl eingebunden werden. Die Gemeinde Uttigen

befürchtete aufgrund des im Objektblatt bezeichneten Konsultationsbereichs nach Art. 11a StFV Einschränkungen bei der baulichen Entwicklung der Gemeinde und wies auf bestehende Probleme bezüglich der Erschliessung des Standorts hin.

Im Objektblattentwurf für den Schiessplatz Bernhardzell (SG) wurden diverse Bauvorhaben angekündigt, wie die Erstellung einer neuen Doppelkurzdistanzschliessbox und der Rückbau einer Gefechts- und einer Kurzdistanzanlage. Aufgrund der kritischen Mitwirkungseingaben und der hängigen Einsprachen im laufenden militärischen Plangenehmigungsverfahren wurde beschlossen, das Bauprojekt zu überarbeiten und die Lärmauswirkungen des Schiesslärms neu zu berechnen.

Zu den anderen Objektblättern erfolgten keine Anträge oder Hinweise, sondern allenfalls zustimmende Bemerkungen.

3.3 Ergebnisse der Ämterkonsultation

Die Bundesstellen konnten sich anlässlich der im 2. Quartal 2025 durchgeführten Ämterkonsultation zu den vorliegenden SPM-Dokumenten äussern. Es wurden folgende Stellen begrüsst: BK; EDA (GS); EDI (GS, BAK, EKD, BFS); EJPD (GS, BJ, SEM); EFD (GS, BBL, EFV, EPA); WBF (GS, BLW, BWL, BWO, SECO, ETH-Rat); UVEK (GS, ARE, BAV, BAZL, BFE, ASTRA, BAFU, ENHK).

Die vorgebrachten Anträge und Hinweise führten zu kleineren textlichen Präzisierungen und Ergänzungen sowie zu marginalen Bereinigungen der Karten in einigen Objektblättern. Zur vorliegenden 4. SPM-Objektblattserie bestehen mit den erwähnten Bundesstellen nunmehr keine Differenzen.

3.4 Ergebnisse der Anhörung nach Art. 20 RPV

Im Rahmen der Anhörung nach Art. 19 RPV wurden die Kantone gebeten, gleichzeitig auch allenfalls vorhandene Widersprüche zu den kantonalen Richtplänen nach Art. 20 RPV festzustellen bzw. die Widerspruchsfreiheit zu bestätigen. Die Kantone Aargau, Nidwalden und Wallis haben bestätigt, dass keine Widersprüche zu ihren Richtplänen bestehen. Da weder nach der Anhörung und Mitwirkung noch nach der Ämterkonsultation in den betreffenden Objektblättern Anpassungen erfolgt sind, die zu neuen Widersprüchen mit den Richtplänen der Kantone hätten führen können, wurde auf eine erneute Anhörung dieser Kantone nach Art. 20 RPV verzichtet.

Hingegen wurden die Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Waadt, Zug und Zürich wurden am 9. Juli 2025 erneut im Rahmen von Art. 20 RPV zur Stellungnahme eingeladen.

Les cantons de Fribourg et de Vaud ont confirmé ne relever aucune contradiction avec leur plan directeur cantonal respectif. Cependant, plusieurs remarques ont été formulées par le canton de Vaud concernant la protection des eaux et la forêt. Sur la place de tir du Petit Hongrin, toutes les zones de buts sont situées en dehors des zones de protection des eaux souterraines et le DDPS confirme qu'il n'y a pas de conflit avec l'utilisation militaire.

Le texte de la fiche de la place de tir de Bretonnières n'a pas été complété comme souhaité par le canton. En effet, la forêt n'est mentionnée dans les fiches qu'en cas de projet relevant du plan sectoriel

militaire. Les éventuels impacts sur la forêt et la manière de les traiter sont décrits dans le cadre de l'approbation des plans de constructions militaires.

Afin de garantir la lisibilité des cartes et d'éviter une surcharge d'informations, l'Office fédéral du développement territorial (ARE) a décidé que les zones de protection S1 à S3 seraient mentionnées dans le texte des plans sectoriels, mais ne seraient pas cartographiées. Les zones de protection A_u et Z_u, quant à elles, ne sont ni mentionnées, ni cartographiées dans les fiches du plan sectoriel militaire. Cela dit, elles sont traitées dans le cadre des procédures d'approbation des plans de constructions militaires. Concernant la place de tir Les Rochat, la partie du périmètre située au sud-ouest diffère légèrement du Plan d'affectation communal de Provence en raison de la zone de danger définie par l'Armée dans l'avis de tir de la place, qui ne correspond pas toujours exactement à la propriété du DDPS ou à l'affectation du sol.

Le canton de Neuchâtel a constaté que, pour les places de tir de Bôle et Plan du Bois, le territoire exposé au bruit devait faire mention des valeurs limites d'immission au lieu des valeurs de planification. Pour les autorités de planification, ce sont les valeurs de planification, plus strictes que les valeurs limites d'immission, qui sont déterminantes. Pour terminer, une petite précision relative à la commune concernée a été apportée dans le texte de la fiche de la place de tir de Bevaix.